

Vom Freund verwirrt

Moskau fürchtet, bei verbesserten Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin könnte die Sowjet-Union ins Hintertreffen geraten.

Gemeinsam haben Helmut Schmidt und Erich Honecker die große Sowjet-Union irritiert. Kaum war der deutsche Doppel-Gipfel in Helsinki beendet, ließ der Kreml in Bonn und Ost-Berlin besorgt Erkundigungen einziehen, wie es die beiden deutschen Staaten künftig mit ihren Beziehungen zur Sowjet-Union halten.

Bundeskanzler und SED-Chef demonstrierten mit ihren zwei Treffen in der vorletzten Woche am Rande der KSZE so unbekümmert deutsch-deutsche Zweisamkeit, daß sich in Moskau sofort Mißtrauen wegen unerwünschter deutscher Extratouren regte.

Der Bonner Kanzler, so argwöhnen die Sowjets, könnte die Prioritäten der Ostpolitik künftig anders setzen und die Beziehungen zur DDR stärker pflegen als das Verhältnis zur Sowjet-Union. Dem SED-Oberen kreiden die Genossen im Kreml an, er forcieren allzu selbstbewußt die Kontakte zur Bundesrepublik zum alleinigen Nutzen seines Staates, kümmere sich dabei zuwenig um die Solidarität des Ostblocks und mißachte den Vorrang der UdSSR in den Beziehungen zum kapitalistischen Westen.

Als die Moskauer Deutschland-Experten die Berichte über das Schmidt-Honecker-Treffen studierten, kamen sie zu dem Schluß, Gefahr sei im Verzuge.

Da die Sowjet-Führung noch immer nicht den Schock von 1968 verwunden hat, als der tschechoslowakische Parteichef Alexander Dubček versuchte, in seinem Land durch liberale Reformen Partei und Volk miteinander zu versöhnen, kontrolliert sie ängstlich auch die kleinste Regung von Eigenständigkeit. Allerdings führt Honecker in der DDR ein so straffes Moskau-höriges Regiment, daß jeder Vergleich mit den Prager Reform-Kommunisten absurd erscheint.

Dennoch, die alten Konservativen im KPdSU-Politbüro mögen es gar nicht, wenn ihr Genosse in Ost-Berlin mit dem Klassenfeind in Bonn intim wird. Bei allem Mißtrauen scheint der Kreml jedoch nicht so recht zu wissen, wie dem Verbündeten an der Westfront des kommunistischen Imperiums beizu-

kommen ist. Ähnlich der Bundesrepublik im westlichen Bündnis spielt die hochindustrialisierte DDR im Warschauer Pakt heute die Rolle des einflußreichen Zweiten. Moskau muß Empfindlichkeiten des wichtigen Bundesgenossen und dessen Prestigebedürfnis beachten.

Ähnlich ratlos steht die Sowjet-Union derzeit auch der Bundesrepublik gegenüber. Den intensiven Dialog zwischen Schmidt und Honecker werteten sowjetische Deutschland-Fachleute in ersten Analysen als Anzeichen für einen Kurswechsel in Bonn, der das Privileg der UdSSR als wichtigster Partner der Bundesrepublik in Osteuropa in Frage stellt.



**Gesprächspartner Schmidt, Honecker
Geschmack gefunden**

Soweit mag Helmut Schmidt bei nüchterner Einschätzung der Machtverhältnisse im Ostblock nicht gehen, doch zweifellos hat der Regierungschef in Helsinki an der Deutschland-Politik mehr Geschmack gefunden, als er ihr bislang abgewinnen konnte. Hinzu kommt, daß im Gegensatz zu den Gesprächen mit Honecker das Treffen des Kanzlers mit dem sowjetischen KP-Generalsekretär Leonid Breschnew keinerlei Fortschritte brachte.

Der Bau eines Atomkraftwerkes bei Königsberg durch westdeutsche Firmen kommt nicht voran, weil die Sowjets die DDR nicht zu der Erlaubnis bewegen können, die Stromleitung — wie von Bonn gefordert — über West-Berlin zu führen. Und die Einbeziehung

der Halbstadt in mehrere deutsch-sowjetische Abkommen scheitert immer noch am hartnäckigen Widerstand des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko, dem Breschnew die Details der Deutschland- und Berlin-Politik längst überlassen hat. Zwar bekundet der Generalsekretär gelegentlich guten Willen, wie jüngst beim Besuch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in der Sowjet-Union, aber Gromyko hat offenbar anderes im Sinn.

In der finnischen Hauptstadt konnte ein stark gealterter Breschnew, der die Folgen seiner Erkrankung offensichtlich immer noch nicht überwunden hat, dem Kanzler keine Hoffnung auf rasche Ergebnisse machen. Schmidt, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger Brandt kein rechtes Verhältnis zu dem redseligen Russen gefunden hat, fühlte sich in seiner Skepsis bestätigt: „Man muß das offenbar reifen lassen.“

Nach der Irritation von Helsinki scheinen nun die Russen darüber nachzudenken, ob man Bonner Wohlwollen durch Zugeständnisse in Berlin erkaufen kann. Doch Helmut Schmidts Interesse ist begrenzt: „Wir können auch ohne diese Dinge leben. Keines Menschen Schicksal hängt an solchen papiernen Abkommen.“

POLEN-VERTRÄGE

Alle vier Jahre

Nach dem Tauschgeschäft von Helsinki, das den Polen 2,3 Milliarden Mark und den Deutschen 125 000 Zuwanderer beschern soll, berechnen Experten, wer dabei das bessere Geschäft gemacht hat.

Es war halb fünf Uhr morgens, als Helmut Schmidt am vorletzten Samstag nach einem Journalisten-Gespräch das Hotel Marski in Finnlands Hauptstadt Helsinki verließ. Bevor der übermüdete Bonner den bereitstehenden Dienst-Mercedes bestieg, hielt er auf dem Bürgersteig noch einen Moment inne und sann in der klaren Morgenluft laut über jenen Herrn nach, mit dem er den größten Teil der Nacht verbracht hatte: über Polens Parteichef Edward Gierek. „Den Mann“, so ließ Schmidt die Umstehenden wissen, „möchte ich gern in meiner Regierung haben“, und fügte, um Mißverständnissen vorzubeugen, gleich hinzu: „Nicht die Partei, aber den Mann.“

Den Kanzler hatten während der achtstündigen Nachtsitzung um polnische Finanz- und deutsche Aussiedlungswünsche politisches Geschick wie taktische Schläue des obersten Polen offenkundig beeindruckt. Nur hin und wieder von einem Schluck Wodka der Marke „Bison“ gestärkt (Schmidt: „Schmeckt wie Waldmeister“), pokeren der Pole und der Deutsche nach Abschluß des finnischen KSZE-Gipfels

eine Nacht lang um Mark und Menschen und verbissen sich schließlich im Garten der polnischen Helsinki-Botschaft in die Frage, wie viele Deutsche aus den ehemaligen Ostprovinzen in die Bundesrepublik übersiedeln dürfen.

Zweimal in der lauen Sommernacht machte Kanzler-Begleiter Hans-Dietrich Genscher den Vorschlag, die Verhandlungen zu unterbrechen. Der Bonner Außenminister: „Wenn heute nichts zu machen ist, dann stehen wir auch anderswo zur Verfügung.“

Doch die Polen — neben Gierek sein Außenminister Stefan Olszowski —, die für die innenpolitische Szene und für ihren auf Ende des Jahres terminierten Parteitag einen Erfolg brauchten, wehrten verschreckt ab und beteuerten, sie möchten unbedingt in dieser Nacht fertig werden. Sie hatten es so eilig, daß sie die schließlich erzielte Vereinbarung gleich noch in Helsinki paraphieren wollten. Doch da machten die Deutschen nicht mit. Genscher zu den Polen: „Eine derartig wichtige bilaterale Vereinbarung darf nicht an einem dritten Ort abgezeichnet werden.“

So setzten denn am vergangenen Donnerstag im Bonner Auswärtigen Amt AA-Staatssekretär Walter Gehlhof und Polens Bonn-Botschafter Wacław Piatkowski ihre Paraphen unter zwei Verträge und ein zweiseitiges Protokoll. Polen wird nun von der Bundesrepublik 2,3 Milliarden Mark kassieren — eine Milliarde für einen 25jährigen Finanzkredit mit dem Mini-Zinssatz von 2,5 Prozent, 1,3 Milliarden für die pauschale Abgeltung von Ansprüchen polnischer Bürger an die ehemalige deutsche Reichsversicherungsanstalt. Im Gegenzug dürfen 120 000 bis 125 000 Deutsche in den nächsten vier Jahren aus Polen in die Bundesrepublik ausreisen.

Jahrelang und mit einer Hartnäckigkeit, die selbst bei Ost-West-Verhandlungen nicht üblich ist, haben Bonn und Warschau um diesen Handel gekämpft. Sie nahmen dabei auch hin, daß die mit dem Abschluß des Warschauer Vertrages 1970 angestrebte Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen um fast fünf Jahre aufgeschoben wurde.

Beide Seiten zeigten vor allem deshalb zunächst wenig Kompromißbereitschaft, weil sie erhebliche innenpolitische Widerstände gegen ihr Geschäft befürchteten. Nicht zu Unrecht: Die Gierek-Mannschaft fuhr schließlich weniger ein, als sie den Gegnern ihrer Westpolitik daheim und der Bevölkerung nach Willy Brandts Kniefall von 1970 avisiert hatte. Und die Bonner zahlten schließlich mehr, als sie lange Zeit für vertretbar gehalten hatten.

Dennoch — billiger hätten es die Westdeutschen schwerlich haben können. Denn so lukrativ für Warschau der zu Entwicklungshilfe-Bedingungen gewährte Finanzkredit ist, so ungünstig

schlossen die Polen bei der 1,3 Milliarden schweren Rentenpauschale ab.

Mit diesem Betrag, von den Versicherungsträgern zu zahlen, werden — so die Bonner Rechtfertigung — in einem Aufwasch alle Ansprüche polnischer Bürger gegen die deutsche Sozialversicherung abgegolten.

Ohne die Pauschal-Regelung hätten hingegen alle ehemaligen Beitragszahler in Polen schon bald Einzelrenten aus der Bundesrepublik anfordern können. Denn in einem Musterprozeß, bei dem ein in Polen lebender Rentner gegen die deutsche Sozialversicherung auf die Zahlung von Ruhegeld geklagt hatte, mußten die Rentenkassen diverse Schlappen hinnehmen. Von dem beim Bundessozialgericht in Kassel in letzter Instanz anhängigen Verfahren erwarten die Bonner ein eindeutiges Urteil zugunsten der polnischen Rentner.



Gesprächspartner Gierek, Schmidt: „Den möchte ich gern in meiner Regierung“

Was dann auf die Rentenanstalten zugekommen wäre, hatten Experten des Arbeitsministeriums überschlägig auf Forderungen von insgesamt mindestens acht Milliarden und höchstens zwölf Milliarden Mark für die nächsten 15 Jahre hochgerechnet. Allein 1975 müßte die Bundesrepublik nach dieser Bilanz rund 1,2 Milliarden Mark an Renten berappen — fast soviel, wie sie nun im ganzen zu zahlen hat.

Nicht ganz so günstig schneidet Bonn bei den polnischen Gegenleistungen ab: Die Warschauer Führung, die vor 30 Jahren möglichst schnell möglichst viele Deutsche loswerden wollte — sieben Millionen wurden ausgesiedelt —, möchte zunächst nur maximal 125 000 der 280 000 beim Roten Kreuz registrierten ausreisewilligen Rest-Deutschen nach Westen fahren lassen. Schon kritisiert die Opposition: „Wir

dürfen nicht zulassen, daß der polnische Staat willkürlich die Mehrzahl von ihnen zurückhält...“ (CSU-MdB Richard Stücklen).

Unbezweifelbar erscheint in der Tat, daß weit mehr als die jetzt konzedierten 125 000 Deutschen Polen verlassen wollen. Fraglich ist jedoch, ob tatsächlich alle 280 000 Interessenten, die in den DRK-Listen stehen, tatsächlich noch leben oder wirklich noch ausreisen wollen.

Immerhin: Daß Polen sich seit Jahren weigert, gegenüber dem DRK die Karten offenzulegen und gemeinsam exakte Unterlagen über Ausreisewillige zu erarbeiten, läßt den Schluß zu, daß die Rotkreuz-Zählung von den richtigen Zahlen nicht weit entfernt ist.

Den deutschen Unterhändlern war allerdings immer klar, daß sie nicht auf einen Schlag das polnische Plazet für alle Ausreisewilligen erhalten würden.

Von ihren polnischen Gesprächspartnern wurden sie immer wieder darauf aufmerksam gemacht, wieviel Unruhe der Exodus einiger hunderttausend Deutscher hervorrufen würde und wie groß der wirtschaftliche Schaden beim totalen Abzug der tüchtigen deutschen Fachkräfte sei. Bis vergangenen Freitag hatte die KP-Führung ihre Bevölkerung denn auch noch nicht über die Details der Vereinbarungen mit Bonn unterrichtet.

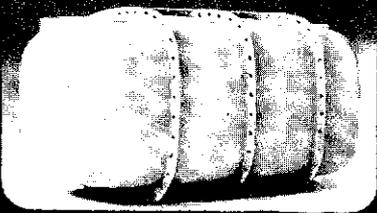
Aus Furcht vor den politischen wie den ökonomischen Folgen des diesmal freiwilligen Auszugs der Deutschen weigerten sich die Gierek-Unterhändler bis kurz vor Helsinki, mehr als 80 000 Volksdeutsche abziehen zu lassen. Beim Feilschen in Helsinki beharrten die Polen lange auf 110 000, bis sie schließlich, das Scheitern der Verhandlungen vor Augen, einlenkten. Das

Bauherren und Hausbesitzer

**Jetzt gibt es den
«kellergeschweißten»
Heizöltank aus
Kunststoff**



Rostfrei,
ölbeständig, langlebig.
25 Jahre Garantie. Gefertigt
aus Palatal der BASF und
Glasfaser = GFK. Segment-
bauweise. **Nachträglicher
Einbau möglich.**
Von 2500 bis 40000 l.



Unser Service-Angebot:
Sie messen Ihren Keller aus,
nennen uns die gewünschte
Füllmenge und wir sagen
Ihnen, welcher Tank exakt in
Ihren Keller paßt und was er
kostet. Bitte ausschneiden,
auf Postkarte kleben und
einsenden an:

Mannschott
F. Mannschott KG
Tank- und Apparatebau
6921 Reichartshausen/Baden
Tel.: 06262/825

Coupon

Name: _____
Beruf: _____
PLZ/Ort: _____
Straße: _____
Heizkellergröße: Länge _____ cm
Breite _____ cm Höhe _____ cm
gewünschte Füllmenge: _____ l.
Name und Anschrift meines
Heizungsbauers: _____

S 118

® eingetragenes Warenzeichen

deutsch-polnische Gerangel um Menschen ist damit freilich noch immer nicht zu Ende. Vertraglich ließen sich die Deutschen in einer Offenhaltungsklausel zusichern, daß die Zahl von 125 000 nicht die endgültige Obergrenze ist, sondern daß nach vier Jahren auch weitere Deutschstämmige ausreisen können. Wie viele dann das Ausreise-Visum erhalten werden, blieb beim Dialog Schmidt — Giersek offen. Darüber darf in vier Jahren wieder verhandelt werden.

Und auch das Rentengeschäft ist noch nicht ganz perfekt. Die Vereinbarung muß vom Bundesrat gebilligt werden, weil ein Teil der zahlungspflichtigen Versicherungsträger Länderanstalten sind. Im Bundesrat aber haben noch immer die Unionsländer die Mehrheit.

CDU/CSU

Auf die Plätze

Strauß-Freunde wie Karl Carstens und Alfred Dregger drängen auf Schlüsselposten in Helmut Kohls Schattenkabinett — der Spielraum des Kanzlerkandidaten schrumpft.

Wieder einmal fühlte sich Christdemokrat Karl Carstens, Chef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, seinem Parteivorsitzenden Helmut Kohl weniger verpflichtet als dem Chef der bayrischen Schwesterpartei, Franz Josef Strauß.

Auf der Sitzung des CDU-Präsidiums am Montag vergangener Woche attackierte Carstens den Bundesschatzmeister und außenpolitischen Sprecher des obersten CDU-Gremiums, Walther Leisler Kiep. Carstens bestritt, eine In-

tervention des Kohl-Widersachers Strauß habe die Fraktionsführung bewogen, Kiep in der Bundestagsdebatte zum KSZE-Gipfel nicht reden zu lassen. Vielmehr habe lediglich Zeitmangel die Rede verhindert. Die spätere Veröffentlichung des Kiep-Manuskripts durch dessen „übereifrige Mitarbeiter“ (Carstens) aber stelle eine Verletzung der Fraktionsdisziplin dar.

Kiep, der in seinem Urteil über die KSZE-Ergebnisse erheblich von dem bockigen Nein der Unions-Mehrheit abweicht, war auf die Attacke gefaßt und gab zurück: „Wer sich seit Wochen ruhig verhält, das bin doch ich.“ Schließlich habe er geschwiegen, als Strauß ihn in Sonthofen diffamiert habe (Strauß über Kiep: „Dämliches Geschwätz“). Er habe es auch hingenommen, daß CDU-MdB Alois Mertes unmittelbar vor dem Mannheimer Parteitag in der „Deutschen Zeitung“ seine außenpolitischen Vorstellungen als nicht deckungsgleich mit denen der CDU kritisierte. Im übrigen enthalte sein Redetext zur KSZE nur Thesen, die vorher mit der Parteiführung abgestimmt worden seien.

Was vordergründig wie ein Streit um Worte und rechtes Tun aussah, war in Wahrheit der Beginn des Kampfes um die Plätze in der Ministermannschaft des Kanzlerkandidaten Helmut Kohl.

Der CDU-Vorsitzende hatte nach seiner Wahl zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien und seiner triumphalen Wiederwahl auf dem Mannheimer CDU-Konvent gemeint, er könne nun kraft eigener Autorität in Muße sein Schattenkabinett zusammenstellen. Doch spätestens nach seiner Rückkehr aus den Ferien am Wolfgangsee mußte er erkennen, daß sich Strauß nicht damit zufrieden-



Unionsführer Strauß, Kohl: Der rechte Flügel macht sich stark